

# Die Laterne

ERSCHEINT JEDEN SONNTAG

Abonnementspreis :

Jährlich . . 12 Mk. — 18 fr.  
Halbjährlich . 6 " — 7.50 f.  
Vierteljährlich 3 " — 3.75 "

(PORTO INBEGRIFFEN)

EXPEDITIONEN :

MOLENBECK-BRÜSSEL: 84, rue de Comte de  
Flandre.

LONDON: Rose Street, 6, Soho Square W.  
High Street, 120, Islington.

NEUMUNSTER-ZÜRICH: Volksbuchhandlung.

Für AMERIKA: P. Hass, 808, North 3th. Street,  
Philadelphin, Pa.

# Die Laterne



No.

23.

Preis der Nummer :

20 Pfennig. — 25 Centimes.

Herausgeber F. Goetschalck.

EXPEDITION: 84, Rue du Comte de Flandre.  
Molenbeck-Brüssel.

---

# Die Laterne

---



## Zweijährige Budgets.

Als Louis Napoleon nach dem Staatsstreich fest und treu wie die Wacht am Rhein auf dem Nacken Frankreichs sass, fühlte er eines Tages das Bedürfniss einer Verfassung.

Die Verantwortlichkeit seiner Regierung sollte auf Andere abgeladen werden, aber diese Andern sollten in der Ausplünderung der Franzosen, in der Unterschlagung der öffentlichen Gelder nicht stören.

Er brauchte also ein Parlament, welches Decharge erteilte, ohne die Rechnungen zu prüfen, und Kredite bewilligte, ohne deren Verwendung zu kontrolliren.

Das napoleonische Genie löste diese Aufgabe glänzend. Der Parlamentarismus des Empire war wie ein feines Panzerhemd: Er schützte ohne zu drücken.

Drei Einrichtungen waren es, mittels deren die Kammern des Kaiserreichs auf der Höhe ihrer Vollkommenheit erhalten wurden:

Die offizielle Kandidatur, die Unterdrückung der parlamentarischen Redefreiheit und die sechsjährige Legislaturperiode.

Die beiden ersteren Mittel, eine Volksvertretung nach Wunsch zu erzielen,

hat unser Reichskanzler bereits mit grösserem Erfolg anektirt, als Elsass-Lothringen. Sie passen sich dem deutschen Kaiserreich so bequem an, als ob sie für dasselbe eigens geschaffen wären.

Wie die Präfekten Napoleons, so bringen die Landräthe Bismarcks einen loyalen Gesetzgebungskörper zusammen, indem sie die gegnerischen Kandidaten einsperren, ihre Plakats abreißen, ihre Versammlungen schliessen, ihre Blätter unterdrücken und dann die Bauern mittels Schulzen und Gendarmen zur "freien Wahl" führen lassen!

Und wenn trotz Alledem der intelligentere Theil des Volkes, nämlich das grosstädtische Element, einige halsstarrige Neinsager wählt, so macht man sie in Deutschland durch Präsidenten vom Kaliber Forekenbecks mundtot, wie es Napoleon durch die Rouhers thun liess.

Also den Maulkorb wie die Regierungskandidatur hat unser Kaiserreich dem französischen glücklich abgucken!



Aber das genügt nicht, um einen gewissenhaften Kanzler zu befriedigen.

Die Wähler und die Gewählten sollen noch so gut dreinstirt, es bleibt immer bedenklich, den Kopf in den Löwenrachen zu stecken und die Existenz des Reichs von den Stimmzetteln der Steuerzahler und von den Hummel-springen der Steuerbewilliger abhängig zu machen.

Wenn durchaus gewählt und abgestimmt werden muss, dann wenigstens so selten als möglich!



Natürlich richtet sich der suchende Blick unseres großen Staatsmannes auch für die Lösung dieser heiklen Frage nach seinem edeln Vorbild.

Louis Napoleon liebte sechsjährige Wahlperioden. So viel Zeit hielt er für nöthig, um einen der Opposition verdächtigen Wahlbezirk mit Sorgfalt zu korrumpiren und mit Methode einzuschüchtern.

Louis Napoleon hat sich auf das Geschäft verstanden, sagt sich Fürst Bismarck, wählen wir also auch nur noch alle sechs Jahre einmal!



Schon bei der Konstitution des Norddeutschen Bundes stachen dem Kanzler die bequemen napoleonischen Legislaturperioden in die Augen.

Damals liess er durch den Abg. Baumstark und Genossen beantragen, dass die Mandate nur alle fünf Jahre erneuert werden sollten, und stimmte selbst mit allen seinen Landräthen für diesen Antrag.



Was die jährliche Budgetbewilligung betrifft, so zeigte sich Bismarck schon damals den Anträgen von Münchhausen

und Erleben hold, nach welchen das Budget immer auf drei Jahre bewilligt werden solle.

Und im Artikel 72 der Bundesverfassung, nach dessen Wortlaut die Regierung „alljährlich“ dem Reichstag Rechnung abzulegen hatte, fehlte sogar, charakteristisch genug, das Wort „alljährlich“, und musste erst durch ein Amendement eingeschaltet werden.

Man sieht, wie Bismarck auch in dieser Beziehung das Kaiserreich vom 2. Dezember sorgfältig nachahmt.

Jetzt, da er der Majorität sicher ist, und durch die indirekten Steuern ohnehin schon das Budgetrecht zu drei Vierteln eskamotirt hat, hindert ihn nichts mehr, durch seine Mameluken auch die letzte Kontrolle über die Volksgelder zu beseitigen.

Offenbar ist es dabei auf einen grossen Fischzug abgesehen.



## Aus Berlin

schreibt man uns unterm 27. Mai:

Das war eine glorreiche Kundgebung gestern in Breslau! So ist in Deutschland noch keinem Staatsmann, genialem oder nicht genialem, „die letzte Ehre“ erwiesen worden, wie gestern dem proletarischen, gemassregelten Tischlergesellen und Proletariervertreter Reinders. Fünfzehntausend Mann hinter dem Sarg — fünfzehntausend lebendige Proteste gegen die heutige Misswirthschaft, gegen das Blut- und Eisensystem, gegen das Sozialistengesetz. Und da gibt es noch Kleingläubige und Dummköpfe, die meinen, der Sozialismus sei in Deutschland todt! Waren sie nur gestern in Breslau gewesen und hätten in die blitzenden Augen der 15,000 geschaut!

!\*

Und wie dort, so überall. Die Armee ist vollzählig — die Lücken, welche durch Verfolgung, Massregelung und Ausreisserei — der Ausreisser sind

glücklicherweise nur wenige, wenn sie auch erschrecklich viel Lärm machen — in unsere Reihen gerissen worden sind, haben sich wieder ausgefüllt und jeder Tag führt uns neue Rekruten zu. Sobald und so oft es das Parteiinteresse erholscht, sind die Genossen am Platze.



Im nächsten Monat ist die goldene Hochzeit des Kaisers Wilhelm und da faselt man von einer Amnestie.

Albernes Gerede! Als ob eine Amnestie möglich wäre! Als ob die deutsche Sozialdemokratie amnestiefähig geworden wäre! Bei Hof und in den Regierungskreisen hat man das sehr wohl begriffen, Ausserdem ist die Angst viel zu gross. Als Kaiser Wilhelm vorige Woche die Berliner Gewerbeausstellung besuchte, war er von 200

Schutzleuten in Civil und Geheimen begleitet, die ihn theils umringten, theils alle Räume des Gebäudes absuchten und durchschwärmten; und als er heiler Haut wieder in den Wagen stieg, drückte der Kaiser in höchst naiven Worten sein freudiges Erstaunen aus. Man hat ihm und den Prinzen, namentlich dem Kronprinzen, Berlin als eine Mördergrube geschildert, und ihnen durch die raffiniertesten Mittel Angst eingejagt. Wurde doch neulich das Palais des Kronprinzen bei Potsdam von einer ganzen Kompagnie Soldaten umringt, die Niemand heranlassen durften. Erst nachdem auf zwei friedliche Vorübergehende, zum Glück ohne tödtlichen Erfolg, gekeuert worden war, wurde diese skandalöse, bios auf Einschüchterung des Kronprinzen und seiner Frau berechnete Massregel etwas gemildert. Dass man jetzt den Kronprinzen in erster Linie bearbeitet, erklärt sich aus dem hohen Alter des Kaisers und seinem, trotz der Zeitungsreporter, die ihn stets jugendlich hinstellen, sehr gichtbrüchigen Zustande.



## Aus Breslau

schreibt man der „Laternen“:

Wir sind hier, in der zweitgrößten Stadt Deutschlands, sämtlich mit Ihren Ausführungen über unsere Schutzzollhelden ganz einverstanden. Auch nicht ein Einziger unserer hiesigen Gesinnungsgenossen vermag das Verhalten derjenigen s. d. Abgeordneten, die die kanzlerischen Projekte unterstützten, gutzuheißen.

Für Bürsten und Siebwaren und für Eisenzölle zu stimmen, in der Meinung den Arbeitern in diesen Branchen auf die Beine zu helfen und gleichzeitig sich gegen Getreidezölle auszusprechen, heißt die Naivetät auf die Spitze getrieben. Als ob die Landarbeiter nicht eben so schlecht, ja in vielen Fällen nicht noch schlechter gestellt wären als die Industriearbeiter! Erhebt es nicht das bauerliche Gerechtigkeitsgefühl, dem Landarbeiter ebenfalls

durch dieses alte ewig neue Kanzlerrezept auf die Beine zu helfen?

Und wie steht es mit den Tabakarbeitern?

Man kann freilich nicht wissen, was noch passiert! . . . wurde doch zu Anfang dieses Jahres in der Geburtsstadt Lassalles der schüchterne Versuch gewagt, „an der Seite der staats erhaltenden Elemente die Projekte des Reichskanzlers zu prüfen.“ Diese Prüfung sollte in einem neuen Blatte, welches den Namen „Oder-Zeitung“ angenommen und das Wörtchen „Neue“ vor den Titel gesetzt hatte, vorgenommen werden.

Ein klein wenig Rührigkeit von unserer Seite hatte natürlich das vollständige Misslingen der versuchten Prüfung zur Folge. Unsere Leute waren nämlich der sonderbaren Ansicht, die „staats erhaltenden Elemente“ könnten dergleichen Dinge auch ohne unsere Beihilfe besorgen, und wer vorgebe, an deren Seite marschieren zu wollen, gehöre nicht mehr zur sozialdemokratischen Partei.

Eine etwas saure Miene ob dieser fatalen Ansicht und die Sache war ohne jedes Aufsehen abgemacht.

Von mancher Seite wird auf den Beschluss des Gothaer Parteikongresses zu der Frage, ob Schutzzoll, ob Freihandel, aufmerksam gemacht. Jedoch zu Gunsten der Schutzzollgesinnten kann dieser Beschluss — ohne Anwendung der Interpretationskunst preussischer Staatsanwälte — nicht angeführt werden. Es heisst in der in Gotha gefassten Resolution ausdrücklich, dass die bestehenden Handelsverträge der deutschen Industrie nicht günstig sind, und dass die Parteipresse aufzufordern ist, die Arbeiter davor zu warnen, für die unter dem Vorwange nach Schutzzoll eine Staatshilfe erstrebende Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

Warum dringen also die schutzzöllnerisch gesinnten Leute, die auf den Namen der sozialdemokratischen Partei gewählt sind, nicht höher auf Abänderung der für Deutschland ungünstigen Handelsverträge?

Es wird weiter betont, dass in einigen Ländern, z. B. in Belgien die Weiber- und Kinderarbeit schamlos kultiviert und in Folge dessen der deutsche Markt mit billigen Produkten überschwemmt wird. Anstatt also darauf hinzuwirken, dass solche Uebelstände international beseitigt werden, votiert man Zölle, damit der Blut- und Eisenkanzler Geld zu einem neuen Kriege und behufs solchem zur Anschaffung von 30 Batterien genügend Geld in petto hat! Wer das Volk in solch Dr. Eisenbart'scher Manier erlösen will, der nenne sich nicht Sozialdemokrat, sondern gehe nach Bremen zu Herrn Mosle, der eine Apotheke für derartige reichskanzlerische Rezepte eröffnet hat!

Wie wenig zutreffend der Gothaer Kongressbeschluss für die schutzzöllnerischen Abgeordneten angeführt wird, geht auch noch daraus hervor, dass in Betreff der Erwerbung der Privat-Eisenbahnen durch den Staat folgendes in der bezüglichen Resolution ausgesprochen worden ist:



„Der Kongress ist überzeugt, dass die deutsche Reichsregierung, falls das Reich alle Eisenbahnen in Besitz bekäme, vornehmlich die Interessen des Klassen- und Militärstaates damit zu fördern u. die Einnahmen zu unproduktiven Zwecken zu verwenden bestrebt sein und dass sie ein neues Uebergewicht in volksfeindlichem Sinne erlangen würde, sowie dass durch Verwirklichung des Reichseisenbahnprojekts den Börsenjobbern neue Summen vom Volkseigentum zugespült werden würden.“

Man müsste aber über Nacht auf einmal militärlammfromm geworden sein, um anzunehmen, der Blut- und Eisenmann habe mit seiner Uebersiedelung ins Radziwill'sche Palais seine reaktionslüsternen Pläne aufgegeben und sei jetzt für das Wohl des Volkes beklüchtet, so dass er die höheren Zollerträge nicht in volksfeindlichem Sinne verwenden würde!

Auch das trifft zu, dass die „Börsenjobber“ allein bei dem Schutzzollgelehrsel gewinnen, denn schon jetzt stel-

gen die jahrelang faulen Industriepapiere in die Höhe.

Man sieht, die Börsenleute sind nicht faul und schmieden das Eisen, wenn es warm ist, trotzdem sie das Schmieden im buchstäblichen Sinne sonst nicht lieben. Also die Resolution des Gothaer Kongresses von 1876 kann zur Rechtfertigung der Schutzzöllner nicht herangezogen werden, sondern spricht vielmehr direkt gegen dieselben.

Wer die indirekten Steuern vermehren hilft — und Zölle sind indirekte Steuern — der gehört nicht zur Sozialdemokratie, sondern als Satrap Bismarcks an die Seite von Lothar Bucher



### Zur Kaiser'schen Rede und Abstimmung.

Auch die Züricher „Tagwacht“ hat sich über das Verhalten des Abgeordneten Kaiser im Deutschen Reichstag mit nicht geringerer Entschiedenheit als wir ausgesprochen.

Es beweist dies, dass bei der gegenüber Kaiser geübten Kritik keineswegs persönliche Motive mit unterlaufen sind.

Die ganze sozialistische Presse — ohne Ausnahme — hatte seit Monaten die Erwartung ausgesprochen, dass unsere Vertreter wie ein Mann gegen alle Schutzzölle stimmen würden.

Warum trug Kaiser diesen Stimmen nicht die geringste Rechnung?

Warum trennte er sich von der Fraktion in einer so wichtigen Frage?

Warum suchte er seine Ausnahmestellung zu motivieren, bevor die Majorität der Fraktion dazu gekommen war, ihre, von der seinigen entgegengesetzte, und — wir wiederholen es — allein korrekte Haltung zu begründen?

Der Vertreter von Freiberg-Oedersau hat sich also die Angriffe, deren Ziel er geworden ist, lediglich selbst zuzuschreiben.

Dies gesagt, überlassen wir, unserer Pflicht gemäss, auch die „andere Seite“ anzuhören, das Wort einem unserer Reichstagsabgeordneten, welcher, obwohl er anders als Kaiser gestimmt hat und gewiss auch anders handeln würde, dennoch grossmüthig seinen Collegen in Schutz nimmt:

„Bei der Generaldebatte über die Zollfrage, wo Vahlteich im Namen der Partei reden sollte, liess man unsere Fraktion nicht zu Worte kommen und ebensowenig bei den Getreidezöllen.“

Der einzige Sozialdemokrat, der bisher zu den Zollfragen gesprochen hat, Kaiser, kam nur in der Spezialdebatte zu Wort und hier hatte er keine Gelegenheit, den Standpunkt unserer Partei zu entwickeln. Sein Versuch, dort Geschäftsordnungen Schnippchen zu schlagen, misslang, und musste misslingen, — ebenso wie weiland der Most'sche Versuch, beim Impfgesetz für sozialistische Badewannen Propaganda zu improvisiren — Es ist aber

ungerecht, Kaiser deshalb, weil er in ein paar Stunden mit den Schutzzöllnern gestimmt hat, zu einem Schutzzöllner, oder gar zum bezahlten Repu zu stampeln. Die Sozialdemokratie hat mit Schutzzöllnern ebensowenig zu thun, wie mit Freihändlern; und es auch ist ebensowenig antisozialistisch, in gewissen praktischen Fragen mit Schutzzöllnern zu gehen, als in anderen mit Freihändlern. Man hat doch hoffentlich unseren Hanburger, Richten Braun und Konsorten nicht für anständiger Gesellschaft, als die Centralisten und Agnitorf!

Ich dachte, dass sie beide den gleichen Fehler haben.

Wehrigens ist Kaiser unter den sozialistischen Abgeordneten der einzige, welcher für die Regierungsvorlage gestimmt hat. Kein einziges Mitglied der Fraktion theilt den Standpunkt Kaisers in der Zollfrage, aber keinem einzigen von Ihnen hat es in den Sinn gekommen, den in der Agitation so wohlbewährten Genossen darum in den Hint zu thun. Sie halten die Frage, ob

Freihandel oder Schutzzoll, nicht für eine prinzipielle, sondern für eine praktische, je nach den Umständen zu entscheidende. Die abweichende Haltung Kaisers in der Eisenzollfrage mag bedauerlich, mag vielleicht ein Missgriff, ein Fehler „palmar“ (eine falsche Auffassung) sein, aber nimmermehr war sie ein Verrath, eine Felonie an der Partei!

Der blosse Umstand, dass sämtliche „Kreuzteller“ ohne Ausnahme für einen leichten Schutzzoll auf Eisen (die Hälfte des von der Regierung geforderten) gestimmt haben, hätte darüber aufklären können, dass es sich hier überhaupt nicht um eine Prinzipienfrage gehandelt habe.

Bei der definitiven Abstimmung über die Vorlagen, die allein entscheidenden Werth hat, werden sämtliche Sozialisten — und gewiss auch Kaiser — gegen die Projekte des Kanzlers stimmen "



## Zur Vorsicht.

Die „Tagwacht“ und wir haben kürzlich auf die uns von verschiedenen Seiten gemeldete Thatsache aufmerksam gemacht, dass Leute sowohl in Deutschland als im Auslande unter der Behauptung, „sie seien von London aus mit der „Organisirung einer geheimen Gesellschaft beauftragt,“ Genossen um ihre Beitrittserklärung, um Geldbeiträge und um Empfehlung an andere Partegenossen ungelien.

Nachdem das Organ des Londoner Vereins entschieden gegen die Annahme, als habe es die Gründung einer geheimen Gesellschaft befürworten wollen, protestirt hat, so war der Schluss gerechtfertigt, dass Individuen obenerwähnter Art entweder Polizei spione oder im besten Falle Schwinder seien.

Wir entnehmen nunmehr der neuesten Nummer der „Freiheit“ folgende Erklärungen, durch die unsere Schlussfolgerung durchaus bestätigt wird :

„Wir haben unmittelbar nach den in Hamburg vorgekommenen Verhaftungen allerdings wiederholt Vertrauensleute nach Deutschland geschickt. Dieselben hatten aber lediglich die Aufgabe, die deutsche Post zu besorgen und rückständige Abonnementsgelder einzutreiben, wie auch, neue Abonnenten zu werben, welche Aufträge sie prompt erledigten, gleichwie sie den Späheraugen der deutschen Polizei glücklich entgingen und nach gethaner Arbeit wieder in England eintrafen. (Ein Anderer, der auch vor Kurzem in England war und während einer Privatreise durch Deutschland verhaftet wurde, ist nicht von uns geschickt worden.“

Es steht also fest, dass auf jeden Fall die „Freiheit“ Niemand beauftragt hat, für die Organisation eines Geheimbunds in Deutschland oder sonst irgendwo Propaganda zu machen.

..

Auch von Selten sonstiger deutscher Genossen ist aber Niemand mit einer derartigen Mission betraut worden. Wir sind ermächtigt, dies zu erklären.

..

Wenn sich also wieder, wie dies der Fall gewesen ist, Persönlichkeiten unter solchem Vorgehen präsentiren, so möge man sie energisch abweisen und ihnen, anstatt Geld und Adressen, eine Handvoll ungebrannter Asche verabfolgen.



## Die Amnestie.

Im Reichskanzleramt ist die Frage erörtert worden, ob die goldene Hochzeit des Kaisers nach der für solche Fälle üblichen Praxis auch eine Amnestie mit sich bringen solle.

Nach langer Ueberlegung wurde die Frage, soweit sie politische Verurtheilungen betrifft, verneint.

Hingegen beschloss der Kanzler, eine Anzahl von Begnadigungen gemeiner Verbrecher vorzuschlagen.

..

Die zweitausend Personen, die seit der Ersäufung des grossen Kurfürsten wegen Majestätsbeleidigung die Gefängnisse gefüllt haben, sind allerdings weniger der Sympathien Bismarcks würdig, als die Mörder, Gauner und Fälscher, die dem fetten Boden des Milliardensegens entsprossen sind.

..

Wenn er sich mit den Letzteren ver-

gleich, so klopft sich der geniale Staatsmann, welcher 1870 in Ems die Kriegserklärung durch eine falsche Depesche herbeigeführt hat und dafür das Lob Hans Blum's in den Grenzboten übertragen muss, unwillkürlich an die Brust und sagt:

»Wie kann ich es verantworten, einen armen Schlucker, der ein altes Weib umgebracht hat, im Gefängniss faulen zu lassen, nachdem ich selbst eine halbe Million blühender Leben vernichtet habe?

»Und mit welchem Recht verlängere ich die Strafe eines Holzfällers, ich, der durch drei Kriege der grösste Waldbesitzer Deutschlands geworden ist?

Es ist also ein erfreulicher Beweis von Gefühl und Selbsterkenntnis, dass der Kanzler nur Spitzbuben, keine politischen Gegner begnadigen lässt.

Er hat dabei die Empfindung, als ob er sich selbst amnestiro.



Dass die unter der ministeriellen Verantwortlichkeit vollzogenen Gnadenakte keinen Sozialdemokraten treffen, war hiernach leicht vorherzusehen.

Man begnadigt nur, wo Aussicht auf Besserung ist. Wir sind aber unverbesserlich.

Ein Mörder kann General, ein Fälscher Diplomat, ein Bankerotteur Reichskanzler werden.

Ein Sozialdemokrat aber wird immer ein Feind des Bismarck'schen Regimes bleiben.

Hingegen gibt es eine andere Kategorie von Sündern, die wir der bewährten Milde des Kanzlers empfehlen würden, — wenn dies erst noch nöthig wäre:

## Die verurtheilten Geistlichen!

..

Diese armen Opfer des Kulturkampfes, die das Mitleid der Gläubigen erregten, weil sie in Pallästen mit prachtvollen Gärten ihre „Gefangenschaft“ verschmausten, warum ihr Martyrium nicht beenden, da der Friede hergestellt ist und Rom der Bismarck'schen Politik seinen Segen gespendet hat?

..

Hoffen wir also, dass der Kanzler die Gelegenheit benutzen wird, um den Ultramontanen ein neues Zeichen seiner alten Sympathie zu widmen.

V.



## Kleine Mittheilungen.

Unsere sämtlichen Vertreter im Reichstag haben der Tabaksteuer-Kommission nachfolgenden Antrag zugehen lassen:

„Für den Fall der Annahme einer Steuer- und Zollerhöhung auf Tabak möge der Reichstag beschliessen, den Reichskanzler aufzufordern, dahin zu wirken, dass die Tabakfabrikation in den deutschen Strafanstalten, Untersuchungsgefängnissen und öffentlichen Arbeitshäusern bis spätestens den 31. Dezember d. J. beseitigt werde.“

Unser Freund Dr. Dulk, der gegenwärtig wegen Pressvergehen eine einjährige Gefängnisshaft in Heilbronn verbüsst, war Ende v. J. von der Stuttgarter Strafkammer noch ausserdem zu einem Vierteljahr Gefängnis wegen Schmähung der Religion in einem zu Göppingen gehaltenen Vortrage verurtheilt worden.

Die dagegen erhobene Nichtigkeitsklage ist nunmehr vom Kassationsge-

richtshofe für unbegründet erklärt und somit auch das zweite Erkenntnis rechtskräftig geworden.

Das Berliner Polizeipräsidium hat auf Grund des Sozialistengesetzes die jüngst erschienene Schrift Babels: „Die Frau und der Sozialismus“ verboten.

Man hat also am Molkenmarkt gefunden, dass diese Schrift die Einrichtungen des deutschen Reichs, unter welchen die Berliner Polizei eine so hervorragende Rolle spielt, „untergräbt“.

Wie sollte Dem auch anders sein?

Das Streben, die Lage der Frauen zu verbessern, ist schwer vereinbar mit dem jetzigen Zustand einer Verwaltung, die Frauen prügelt, und zwar nicht bloß verurtheilt, sondern auch kranke.

Ein Institut, wie die Berliner Polizei, deren früherer Chef, Herr v. Wurmb, eine Bittstellerin in sein Kabinet einschloss, auf's Sopha warf und so verletzte, dass der Arzt Dr. Levinstein einen Bruch als die Folge konstatierte.

Die Sozialisten hätten Hrn. v. Wurmb in eine Strafanstalt gesteckt und Fräulein Hessels einen Schadenersatz zuerkannt.

Die preussische Regierung Hess die Unglückliche zu einem Jahr Gefängnis verurtheilen, wegen Verleumdung des wackern Herrn von Wurmb, welcher als Regierungs-Präsident nach Wiesbaden geschickt wurde, wo er noch im letzten Sonntag eigenhändig ein Päckchen Laternen auf der Post konfirzirte.



Mainz, 3. Juni. Die Militärexzesse bilden neuerdings fast wieder eine ständige Rubrik in der hiesigen Presse. Heute melden die Blätter wieder von zwei umfangreichen Schlägereien am ersten und zweiten Feiertage. In der Nerstadt, deren Bewohner überhaupt häufig das zweifelhafte Vergnügen haben, solche Raufereien ansehen zu müssen, spielte sich die eine, und auf der hinteren Bleiche, unfern dem Schlossplatze, die andere Schlägerei ab. In beiden Fällen waren es Soldaten des 3. Brandenburgischen Festungsartillerieregiments und in beiden Fällen haben Civilisten die Zechen bezahlen müssen. Bei der einen Schlägerei wurde ein Civilist derart mit Säbeln traktirt, dass er, schwer verletzt, in das Hospital verbracht werden musste.

Das nationalliberale „Mainzer Tageblatt“, das früher alle Militärexzesse tollschwieg oder Berichte hierüber mehr zu Gunsten des Militärs fürchtete, wagt es Angesichts dieser erneuten

Vorgänge bescheiden, für Ablegung der Waffen ausser Dienst zu plädiren.

..

Richtiger wäre es wohl, wenn sich endlich die Civilisten auch an das Waffentragen gewöhnen und sich ihrer Haut wehren wollten.



### Quittung.

Wir bestätigen hiermit die richtige Absendung von 80 Fr. aus dem Unterstützungsfond der „Lanterne“ für die Hamburger Inhaftirten, sowie die richtige Ankunft dieses Betrags in Hamburg laut erhaltener Quittung.

Joh. Voss. A. Blumo.



### Zur Notiz.

Neue Beiträge für den Unterstützungs-fond wolle man an Genosse Goetschalek, 31 rue du Commerce de Flandre, Molenbeck-Brüssel, einschicken

Wir ersuchen wiederholt, kleinere Beiträge uns in Briefmarken zu senden, die wir hier zum vollen Werth wieder absetzen können.

Durch uns sind zu beziehen:

New-Yorker Volkszeitung;

Philadelphia Tagblatt;

Volksstimme des Westens (Wochen-Ausgabe).

Ferner alle von der deutschen Regierung verbotenen Schriften.

Die Expedition.

Herausgeber Fr. Goetschalek — Brüssel.

VERLAG UND ANNONCEN-BUREAU VON F. GOETSCHALEK